

Gesine Schwan

Sozialdemokraten für ein »europäisches« Europa

Zwölf Thesen

Europa ist inmitten seiner bislang schwersten existenziellen Krise. Die Abstimmung über einen Verbleib in der EU in Großbritannien, die noch immer nicht gelöste Euro-Krise und zuletzt die »Flüchtlingskrise« können dazu beitragen, dass der Zusammenhalt der Europäischen Union weiter gefährdet wird. Gleichzeitig stehen weitere Mitgliedsländer unter dem Druck rechtskonservativer oder rechtsextremistischer und europaskeptischer Parteien, die bei einem Wahlerfolg dem britischen Vorbild nachfolgen dürften. Die jüngsten Studien der OECD erkennen, mit Ausnahme der skandinavischen Länder, eine zunehmende soziale Spaltung in den europäischen Mitgliedsländern, die ebenfalls zu einer Stärkung der rechtsextremen Parteien beiträgt. Die Austeritätspolitik, die auf Druck Deutschlands alternativlos durchgesetzt wird, stärkt zudem Fliehkräfte, die das grenzenlose Europa erst schwächen und dann zerstören können. Darunter leidet auch ganz offensichtlich die Attraktivität der Europäischen Idee.

I. Welche Regeln in Europa? Das vereinigte Europa braucht ohne Zweifel Regeln für ein friedliches Zusammenleben. Sie müssen aber gemeinsam und partnerschaftlich festgelegt werden und den Menschen- und Sozialrechten des Vertrags von Lissabon entsprechen. Stattdessen hat die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel in den letzten Jahren ihren europäischen Nachbarn deutsche Austeritätsregeln auferlegt. Diese Politik, die zu einem »deutschen« Europa führt, muss zugunsten eines »europäischen« Europa umgesteuert werden.

II. Deutsche Europapolitik ohne historischen Kompass – Vorrang wahltaktischer Ziele. Seit 2010 richtet Kanzlerin Merkel ihre Europapolitik ohne historischen Kompass nach innenpolitischen wahltaktischen Zielen aus. Die »Hilfspakete« für Griechenland dienten der Rettung deutscher und französischer Banken und bürdeten der griechischen Bevölkerung eine Schuldenlast auf, die sie wegen der gleichzeitig oktroyierten Austeritätspolitik nicht bedienen konnte. Ihre Machtstellung in der Euro-Gruppe nutzte die deutsche Bundesregierung dazu aus, eine kontroverse öffentliche Diskussion über die Ergebnisse dieser Politik zu tabuisieren.

*Europapolitik
ohne historischen
Kompass*

III. Deutsche Europapolitik in der Sackgasse. Ohne eine Schuldenerleichterung – die die Bundesregierung bisher mit einem Schuldenschnitt gleichgesetzt und strikt abgelehnt hat, die aber für ein günstiges Investitions- und Wachstumsklima unverzichtbar ist – müssen die »Hilfspakete« für Griechenland immer wiederholt werden, wenn man den Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft verhindern will. Das bringt Angela Merkel immer mehr in Bedrängnis. Die von Wolfgang Schäuble angedachte Alternative des »Grexit« würde sofort ein ökonomisches Chaos in Griechenland hervorrufen. Beide Politiken führen in eine Sackgasse, wenn man die EU unbeschadet erhalten will.

IV. Merkel und Schäuble auf dem Weg ins »deutsche« Europa. Aus verschiedenen Gründen und auf verschiedenen Wegen führen Merkel und Schäuble in ein »deutsches« Europa. Merkel oktroyiert ihre Austeritätspolitik, die sie freilich mit ihren wahltaktischen Zielen immer schwerer vereinbaren kann, weil die versprochenen Ergebnisse der Wirtschaftssanierung ausbleiben müssen. Schäuble scheint darauf zu zielen, die entstehenden Krisen zu nutzen, um eine deutsche Ordnungspolitik in ganz Europa in

Form der Austeritätspolitik durchzusetzen. Beide Politiken führen – auch in der Erinnerung unserer Nachbarn – die deutsche Dominanz des vergangenen Jahrhunderts über Europa wieder ein.

V. »Deutsches« *Europa als regelfixierte Herrschaft der Technokraten: Gefahr für Demokratie und Vielfalt in Europa.* Merkel und Schäuble lehnen solidarische politische Regelungen in Europa ab, weil sie der demokratischen Verantwortungsbereitschaft insbesondere der südeuropäischen Nachbarn misstrauen. Deshalb zielen sie auf eine definitive juristische Installierung der deutschen Austeritätspolitik in Europa, durch die demokratische Politik zugunsten von technokratischer Kontrolle ohne empirische Überprüfung der Tauglichkeit dieser Politik außer Kraft gesetzt wird.

VI. *Alternativlose Politik? Sozialdemokratische Politik in der aktuellen Regierung.* Während die SPD diese auf Austerität fixierte Europapolitik in der Opposition abgelehnt hat, trägt sie sie als kleinerer Koalitionspartner bislang weitgehend mit, mitsamt den aus sozialdemokratischer Sicht hochproblematischen »Reformen« wie Rentenkürzungen, ungerechten Mehrwertsteuererhöhungen, Privatisierungen, der Unterminierung von Gewerkschaftsrechten und der Tarifautonomie und insgesamt einer Reduktion der innergriechischen Nachfrage, ohne die das Land jedoch wirtschaftlich nicht auf die Beine kommen kann. Die Einforderung dysfunktionaler neoliberaler »Reformen« und einer prozyklischen Austeritätspolitik verunklart die Substanz sozialdemokratischer Politik und handelt gegen die internationalistische Tradition der SPD. Sie steht auch im Widerspruch zur erfolgreichen sozialdemokratischen Politik in Deutschland.

VII. *Ein klares Umsteuern in der Europapolitik durch die SPD auf Bundesebene ist erforderlich – kein »deutsches«, sondern ein »europäisches« Europa!* Die Politik der Kanzlerin und des Finanzministers steht gegen die Interessen einer Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland und in Europa, die unter der Austeritätspolitik leidet. Sie trägt mit ihrer Renationalisierung im kurzfristigen deutschen Interesse zur Wiederbelebung nationaler Vorurteile bei und steht im Gegensatz zum langfristigen Interesse Deutschlands. In den nächsten Monaten und Jahren kommt es deshalb darauf an, engagiert für ein »europäisches« Europa der Demokratie, der Gerechtigkeit, der Solidarität, der Vielfalt und des Wohlstands zu kämpfen, am Beispiel Griechenlands und europaweit. Ein »europäisches« Europa setzt auf die Verantwortungsbereitschaft, die Einsichtsfähigkeit, den Mut und das Engagement aller Europäer anstelle einer deutschen Dominanz.

VIII. *Für ein »europäisches« Europa.* Griechenland muss durch private und öffentliche Investitionen wieder auf die Beine kommen. Es braucht dazu eine Schuldenerleichterung und, am besten unterstützt durch die OECD und die Task Force der Europäischen Kommission, strukturelle Reformen, denen die Regierung wirklich zustimmen kann und die die Gesellschaft unterstützt. Dazu gehören Reformen des Justizsystems, der Korruptionsbekämpfung, des Bodenrechts und Katasters, der öffentlichen Verwaltung, der Steuerverwaltung und der Sozial- und Rentenversicherungen, die in einem Wachstumsklima bekanntlich eher gelingen als in der Rezession.

IX. *Europäische Schuldenkonferenz und Vertrauen in die Verantwortungsbereitschaft aller Europäer.* Damit auch alle durch Schulden überlasteten Länder wieder wachsen können, braucht es eine europäische Schuldenkonferenz. Die Solidarität der deutschen Gesellschaft gegenüber den Flüchtlingen zeigt, dass ein solidarischer Neuanfang in Deutschland und für Europa möglich ist. Die deutsche Gesellschaft ist weiter als die Regierungen der Union angenommen haben. Die deutschen Sozialdemokraten haben diese Solidarität gegenüber den Flüchtlingen von Anfang an unterstützt. Die strategie-

lose Politik der Bundeskanzlerin, die in der Flüchtlingspolitik zwischen kurzatmiger Großzügigkeitsdemonstration und ebenso kurzatmiger administrativer Umsteuerung auf strikte Grenzkontrolle hin- und herschwankt, zeigt, wie man das kostbare Potenzial der gesellschaftlichen Solidarität durch Strategielosigkeit und Mangel an ernsthafter Umsetzung verspielen kann. Dagegen muss die Sozialdemokratie eine Flüchtlings- und Europapolitik verfolgen, die wirklich durchdacht ist und nur so wirksamer Solidarität überzeugend zu dienen vermag.

X. Flüchtlingspolitik: Chance für einen sozialdemokratischen Neuanfang zugunsten eines solidarischen Europa. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Solidaritätsbereitschaft mit den Flüchtlingen von vornherein in den Mittelpunkt gestellt. Sie kann an die jüngsten positiven Erfahrungen der deutschen Gesellschaft mit einer Willkommenskultur für einen Neuanfang anknüpfen, der für den Erhalt und die Weiterentwicklung der EU erforderlich ist. Eine solidarische Europapolitik und eine realistische Strategie für den Umgang mit Flüchtlingen, die nicht nur im kurzfristigen deutschen, sondern im gesamteuropäischen Interesse liegen, vermögen am ehesten Zustimmung bei den Nachbarn für eine solidarische Flüchtlingspolitik zu gewinnen.

XI. Wege der engeren Integration in Europa – hilfreiche deutsche Beiträge. Für eine engere institutionelle Integration der EU brauchen wir zunächst eine Klärung der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Positionen, die der Unterschiedlichkeit der Volkswirtschaften in Europa gerecht wird. Auch ein gemeinsamer europäischer Finanzminister kann ja keineswegs »neutral« handeln. Nicht die definitive rechtliche Verankerung der Austeritätspolitik in der EU kann die Devise der Sozialdemokratie sein, sondern eine kooperative Annäherung der Wirtschaftspolitiken und eine Einigung auf einen längerfristigen Finanzausgleich, wie ihn der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron vorgeschlagen hat und ohne den die gemeinsame Währung, die allen, insbesondere der deutschen Exportwirtschaft zugutekommt, nicht bestehen kann.

Wir müssen eine Verbindung von nationaler und europäischer Legitimation der gemeinsamen politischen Entscheidungen finden, die für die europäischen Bürger erlebbar ist. Dazu gehört jetzt mindestens, die Politik der Euro-Gruppe transparent und durch die Öffentlichkeit kontrollierbar zu machen, z.B. durch ein Euro-Parlament, das als Teil des Europäischen Parlaments agieren könnte.

Faktische Kooperationen unter Teilhabe der organisierten Zivilgesellschaft und finanzielle deutsche Hilfen zur Überwindung sozialer Schieflagen in Europa würden nach den Krisen im Umgang mit Griechenland und mit den Flüchtlingen zur Glaubwürdigkeit der deutschen Politik in Europa beitragen.

XII. Ein »europäisches« Europa der lebendigen Vielfalt und der Freude. Wir wollen ein »europäisches« Europa weiterentwickeln, das seine Aufgabe für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Welt erfüllen kann und in dem es – unserer Europa-Hymne gemäß – Freude bereitet zu leben.

(Wir hoffen, dass diese Thesen eine lebendige Debatte über die deutsche Europapolitik auslösen. Den ganzen Text »Entreißt den Technokraten die Herrschaft über Europa« und eine Liste der Unterstützer/innen finden Sie auf: www.zeit.de)



Gesine Schwan

ist Präsidentin und Mitgründerin der Humboldt-Viadrina Governance Plattform, Berlin und Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission. Zuvor war sie u.a. von 1999 bis 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

drschwan@zedat.fu-berlin.org